

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale Parolen für den 17. Mai
Für Rückfragen	Jan Flückiger, Mobile +41 79 440 71 25 oder Martin Bäumle, Mobile +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	3. März 2009

### Grünliberale sagen JA zur Komplementärmedizin – Stimmfreigabe bei den Biometrischen Pässen

An ihrer letzten Vorstandssitzung haben die Grünliberalen Schweiz die Ja-Parole für die Vorlage zur Komplementärmedizin gefasst. Grundsätzlich halten die Grünliberalen aber fest, dass der Grundversicherungskatalog bei der Krankenversicherung zu gross ist. Es wäre allerdings falsch, die Komplementärmedizin vollständig aus der Grundversorgung zu kippen. Bei den Biometrischen Pässen entschied der Vorstand auf Stimmfreigabe. Hauptkritikpunkt der im Grundsatz notwendigen Anpassung im Rahmen von Schengen ist, dass der Bundesrat mit der Vorlage weiter geht, als er müsste, um das Schengener Abkommen einzuhalten. Insbesondere im Bereich des Datenschutzes sehen die Grünliberalen Probleme.

Bei der Vorlage „Zukunft mit Komplementärmedizin“ handelt es sich um einen pragmatischen Gegenvorschlag, der sechs anerkannte Formen der Komplementärmedizin wieder in den Grundversicherungskatalog aufnimmt, die von Bundesrat Couchepin ziemlich unzimerlich raus gekippt worden waren. Die Komplementärmedizin kann eine sinnvolle Ergänzung zur Schulmedizin sein und gesamthaft dazu beitragen, die Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren.

Allerdings sind die Grünliberalen der Meinung, dass grundsätzlich zu viele Leistungen im Grundversicherungskatalog enthalten sind. Dieser ist aber gesamthaft zu betrachten und es darf nicht einseitig zu Lasten der Komplementärmedizin gekürzt werden.

#### **Biometrische Pässe: Bedenken beim Datenschutz**

Unbestritten ist, dass die Schweiz im Rahmen von Schengen und für Reisen in die USA die Einführung von biometrischen Pässen ermöglichen und regeln muss. Allerdings haben zwei Gründe dazu geführt, dass die Grünliberalen die Stimmfreigabe beschlossen haben: Erstens räumt die Vorlage dem Bundesrat sehr weitgehende Kompetenzen ein bei der Umsetzung des Gesetzes. So ist der Bundesrat nicht verpflichtet, Ausweise ohne biometrische Daten weiterhin zuzulassen. Zweitens bestehen Bedenken bezüglich Datenschutz: Die zentrale Speicherung der Daten ist keine Bedingung um dem Schengener Abkommen zu genügen.